

L1 Umverteilung gegen Rechts!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg
Beschlussdatum: 08.04.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Umverteilung gegen Rechtsruck

Antragstext

1 Umverteilung gegen Rechts!

2 Nicht erst seit der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche erleben wir einen
3 massiven Rechtsruck in Deutschland und weltweit. Dass Rechte menschenverachtende
4 Massenabschiebungen planen, ist dabei leider nichts Neues. Neu ist aber, dass
5 Aussagen, die vor nicht allzu langer Zeit noch als rechte Spinnereien der
6 Alternative für Deutschland abgetan wurden, heute salonfähig sind und die Mitte
7 der deutschen Parteienlandschaft erreicht haben.

8 Eine rassistische Debatte jagt auch in Hamburg die nächste. In Diskussionen über
9 Asylrechtsverschärfungen und Bezahlkarten werden Geflüchtete und migrantisierte
10 Menschen entmenschlicht. Die Umsetzung der Bezahlkarte war falsch und ist
11 bezeichnend für die rassistische Migrationspolitik. Die Bezahlkarte darf in
12 ihrer jetzigen Form nicht kommen. Die Einschränkungen sind stigmatisierend und
13 ausgrenzend. Geflüchtete müssen weiterhin selbstbestimmt am gesellschaftlichen
14 Leben teilhaben können. Mit den Einschränkungen wird ihnen dies verwehrt und sie
15 werden als die Schuldigen für die Probleme unserer Zeit abgestempelt. Dass es
16 hier um Menschen geht, die vor Krieg, Hunger und Verfolgung fliehen, und deren
17 einziger Ausweg es ist, eine gefährliche Flucht auf sich zu nehmen, wird nicht
18 thematisiert.

19 Stattdessen werden weiter Vorurteile geschürt, die zu realen Bedrohungen für das
20 Leben von migrantisierten Menschen werden. So kam es zuletzt in Niendorf und
21 Ottensen zu rassistisch motivierten Straftaten.

22 All das passiert in einer Zeit, in der viele Menschen sich darum sorgen, wie sie
23 ihre Miete oder die Stromrechnung zahlen sollen. In Hamburg sind die
24 Lebenshaltungskosten sogar noch höher als im Bundesdurchschnitt. Die Mieten
25 steigen immer weiter und der wöchentliche Einkauf ist deutlich teurer als
26 gewohnt. Diese materielle Unsicherheit macht Menschen anfälliger für rechte
27 Erzählungen.

28 Hoffnung gibt uns, dass die Menschen in der Nachbarschaft und in ganz Hamburg
29 aufstehen - Aufstehen gegen Rassismus und rechte Ideologie. Hunderttausende
30 waren in den letzten Wochen in Hamburg auf der Straße, um laut und solidarisch
31 gegen Rechts zu sein. Doch die Demos alleine werden den Rechtsruck nicht
32 beenden.

33 Linke Antworten gegen Rechts!

34 Wir brauchen nicht nur Demonstrationen gegen Rechts, sondern endlich linke
35 Antworten auf den Rechtsruck. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen
36 lassen, denn wir haben die gleichen Interessen!

37 Die Unterschiede in unserer Gesellschaft verlaufen nicht zwischen armen und noch
38 ärmeren Menschen. Wir alle bekommen nicht, was uns zusteht! Ob der Geflüchtete,
39 der Auszubildende in der Pflege oder die Studentin mit einem prekären Studi-Job.

40 Wir müssen uns organisieren, zusammenhalten und zeigen, wo die wirklichen
41 Unterschiede in unserer Gesellschaft verlaufe: Nämlich nicht zwischen uns und
42 anderen Arbeiter*innen, sondern zwischen uns und den Konzernchefs und
43 Superyachtbesitzer*innen dieser Welt und dieser Stadt.

44 Es sind junge Menschen - wie wir - und unsere Eltern, die sich in schlechten
45 Jobs kaputtarbeiten, um diese Gesellschaft am Laufen zu halten. Dafür wollen wir
46 keinen Dank, sondern gerechte Löhne, kürzere Arbeitszeit und faire
47 Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigten haben mehr verdient als die ständige Angst
48 vor Abstieg und Existenz. Große Unternehmen dürfen nicht Tarifverträge aushebeln
49 und die Löhne drücken. Deshalb ist es wichtig, dass ein starkes Tariftreuegesetz
50 die Beschäftigten schützt.

51 Es ist wichtig, dass hohes Vermögen und Erbe stark besteuert werden. Wir holen
52 uns das uns zustehende Geld von den Superreichen und Milliardenerben!

53 Der Teilverkauf von Stadteigentum am Hafen wird dazu führen, dass ein
54 profitgetriebener Konzern sein Ziel nach Maximierung des Gewinns ohne Rücksicht
55 auf die Gesellschaft und die Beschäftigten nachgeht. Die Unternehmen am Hafen
56 müssen in die Rekommunalisierung. Die Erfahrungen mit Privatisierungen
57 insbesondere von kritischer Infrastruktur sind schlecht. Die Daseinsvorsorge ist
58 am Zusammenbrechen. Deshalb braucht es einen Hafen, dessen Einnahmen unserer
59 Stadtgesellschaft und Infrastruktur dienen. Die Krankenhäuser, die Schulen, die
60 Freizeitorde und Mobilitätsangebote hängen davon ab, wie viel Geld wir von dem
61 Gewinn, der durch uns entsteht, beanspruchen.

62 Es braucht endlich eine Politik, die unsere Interessen in den Mittelpunkt
63 stellt. Es braucht umfassende Investitionen in unsere Daseinsvorsorge und
64 Umverteilung. Wir können den Rechtsruck nur aufhalten, wenn wir den Wohlstand in
65 unserer Gesellschaft stärken. Um das zu erstreiten, müssen wir viele sein und
66 gemeinsam für unsere Interessen eintreten.

67 Auf geht es in die Europakampagne für die 99 Prozent!

68 Dass die Politik die Lebensverhältnisse von jungen Menschen weiter
69 verschlimmert, weil das Interesse von Superreichen und Großunternehmen wichtiger
70 zu sein scheint als unser aller Wohlstand, ist verheerend. Das Bröckeln unseres
71 solidarischen Miteinanders muss enden! Wir schließen uns mit Menschen in allen
72 Bezirken zusammen, indem wir Kreisverbände aufbauen und politische Veränderungen
73 vor Ort angehen. Wir organisieren die gesellschaftliche Stärke gegen die
74 Spaltung und Unsicherheit. Wir ermöglichen den politischen Druck, damit diese
75 Krise nicht nur kurzweilig empört, sondern endlich angegangen wird.

76 Jedes einzelne Gespräch in der Europakampagne wird eine solidarische Jugend
77 stärken und aufbauen! Damit der Rechtsruck bekämpft werden kann, braucht es die
78 Europa-Kampagne in den nächsten Wochen und Monaten. Und für die Kampagne braucht
79 es dich!

80 Wir packen das Übel in unserer Gesellschaft an der Wurzel: In der Nachbarschaft,
81 bei dir, an der Berufsschule, im Jugendzentrum oder an der Einkaufsstraße. Die
82 momentane Politik trägt zur Spaltung der Menschen bei und da machen wir nicht
83 mit. In unserer Europakampagne zeigen wir, wie ein solidarisches Miteinander
84 funktionieren kann. Packen wir das an!

K1 Kein Bock auf Krise! Bock auf Gerechtigkeit!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg
Beschlussdatum: 08.04.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Auf geht's in die Kampagnen!

Antragstext

1 Kein Bock auf Krise! Bock auf Gerechtigkeit!

2 Ein Blick in unsere Nachbarschaften offenbart die politischen Missstände in der
3 Gesellschaft: Die Unterkunft für Geflüchtete auf dem Baumarktgelände verkommt
4 wegen der Kürzungen im Bundeshaushalt immer weiter und ist kein Ort, der
5 Menschen Zuflucht gewähren kann. Die Bezahlkarte wird mit einem Schulterzucken
6 hingenommen und die Debatte bewegt sich noch weiter nach rechts. Olaf Scholz
7 wundert sich über die Forderung einer Dönerpreisbremse und feiert dabei das Hoch
8 des Deutschen Aktienindex ab. Er ignoriert komplett, dass unser Leben immer
9 teurer wird und die Miete immer weiter steigt!

10 An den Lebensverhältnissen vieler Menschen soll drastisch gespart werden und
11 viele Menschen verlieren mit jedem Missstand mehr und mehr Vertrauen in unsere
12 Gesellschaft. Und doch dürfen wir nicht vergessen: Wir teilen uns nicht nur eine
13 Nachbarschaft, sondern auch ein Interesse. Weniger Solidarität darf deshalb für
14 uns keine Option sein! Wir gehen in jede Nachbarschaft, um die Menschen entgegen
15 politischer Missstände zusammenzubringen.

16 Und jetzt? Kampagnen!

17 Wir werden nicht still bleiben! Wir nehmen alle Menschen in unserer Stadt ernst
18 und kämpfen gemeinsam für spürbare Gerechtigkeit. Es reicht nicht aus, nur einen
19 schnellen Blick in die Nachbarschaft zu werfen, wir müssen dort präsent sein. In
20 den kommenden Kampagnen kommen wir im Jugendzentrum, auf dem Bauspielplatz, an
21 der Berufsschule oder am Dönerladen ins Gespräch für eine solidarische
22 Gesellschaft. Lasst uns mehr werden - Wenn nicht jetzt, wann dann?

23 In dieser Zeit, in der sich eine neoliberale Ideologie in der Regierungsarbeit
24 durchsetzt und Positionen von rechts ihren Platz in der politischen Mitte
25 finden, braucht es umso mehr unseren politischen Druck. In den kommenden
26 Kampagnen wollen wir mehr werden, denn nur mit vielen jungen Menschen gemeinsam
27 können wir den politischen Druck erzeugen, den es für echte Veränderung braucht!
28 Die selbsternannte Fortschrittskoalition hat uns nicht gerettet – Wir müssen die
29 politische Veränderung selbst organisieren!

30 Europakampagne – Wir gehen rein!

31 Deshalb sind wir unter dem Motto „Kein Bock auf Krise!“ als GRÜNE JUGEND im
32 Frühling auf der Straße. Der Anlass: Wir als Jugend leiden unter
33 Preissteigerungen, mangelnden Ausbildungsplätzen und dem stetig wachsenden
34 Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Die Reichen kaufen sich währenddessen eine
35 weitere Yacht als „Zeitvertreib“. Das machen wir nicht mehr mit!

36 Bald stehen die Europawahlen an und wir wollen die gesteigerte Aufmerksamkeit
37 vor der Wahl nutzen, um mit jungen Menschen über die aktuelle krisenhafte Lage
38 zu sprechen, ihnen zuzuhören und sie zu überzeugen, mit uns für Gerechtigkeit zu
39 kämpfen. In dieser Zeit wollen wir eigenständig mit Aktionen auf die Straße

40 gehen, eine neue politische Praxis ausprobieren, als Verband wachsen und uns
41 gemeinsam weiterbilden.

42 Mit verschiedenen Aktionsformaten wollen wir jungen Menschen zeigen: Du bist
43 nicht allein mit deinem Frust! Eine Limo im Park, ein Döner an der Ecke oder ein
44 Krisenbarometer, um sich einfach mal aufzuregen. Wir setzen auf verschiedene
45 Aktionsformate, um mit den Menschen in Kontakt zu kommen. In den Gesprächen geht
46 es um die Themen, die unser Gegenüber beschäftigen. Das können Themen der
47 Europawahl, der Bezirkswahl – die zeitgleich in Hamburg stattfindet - oder auch
48 ganz andere Themen darüber hinaus sein.

49 Diese 1:1-Gespräche sind unser Geheimrezept gegen den Frust. Unser Motto: Lieber
50 ein ehrliches Gespräch als zweihundert ignorierte Flyer. Wir möchten Menschen
51 nicht belehren, sondern ihnen zuhören und sie überzeugen, mitzumachen. Dabei
52 werden wir vor allem einen Fokus auf Menschen unter 20 und migrantisierte
53 Menschen setzen.

54 Gemeinsam mit unserem Kreisverband gehen wir auf die Straße, führen Gespräche
55 und in den Kreisverbänden kommen Neumitglieder, die wir für uns gewinnen an. Die
56 Kreisverbände sind das Herzstück der Aktionen und der Kampagne.

57 Wir freuen uns, gemeinsam mit dir den Kampf für ein besseres Morgen anzugehen!

58 Bock auf Gerechtigkeit vor Ort? - Sei dabei bei unserer Kampagne zur
59 Bürgerschaftswahl!

60 Von Jenfeld bis Osdorf und von Schnelsen bis Neugraben wollen wir für ein gutes
61 Leben vor Ort kämpfen. Denn wir sehen, dass sich die Ungerechtigkeiten in
62 unserer Stadt wie unter einem Brennglas immer weiter verstärken. Es braucht eine
63 starke GRÜNE JUGEND Hamburg, die diesen Ungerechtigkeiten etwas entgegensetzt
64 und Menschen aus der ganzen Stadt die Möglichkeit bietet, für Gerechtigkeit zu
65 kämpfen.

66 Deshalb werden wir in der Kampagne zur Bürgerschaftswahl erneut eine Kampagne
67 umsetzen, die sich darauf fokussiert, Menschen für uns zu gewinnen. Der Fokus
68 wird weiterhin auf der Einbindung von migrantisierten Menschen und besonders
69 jungen Menschen liegen, die sich vor Ort auskennen - so können wir gemeinsam
70 neue Kontakte in der ganzen Stadt knüpfen.

71 Ob im Austausch mit den Menschen am Stadtteiltreff in Jenfeld, die für die
72 Kinder in der Nachbarschaft jeden Morgen das Frühstück vorbereiten oder bei der
73 Beratungsstelle für Geflüchtete in Osdorf. Wir wollen überall unterwegs sein.
74 Wir wollen vor allem in Stadtteile gehen, wo Menschen seit Jahren nicht von der
75 Politik gesehen und zurückgelassen werden, im Austausch und solidarisch mit den
76 Menschen sein, die unter den Ungerechtigkeiten der Gesellschaft leiden.

77 Wir wollen uns als Verband in der Zeit der Bürgerschaftswahl weiterentwickeln
78 und ausprobieren, wie wir mit neuen Formaten eine bessere Verankerung in den
79 Nachbarschaften Hamburgs erreichen.

80 Unsere Kreisverbände bieten die perfekte Grundlage dafür. Die Kampagne zur
81 Bürgerschaftswahl wird erneut eine Kampagne der Kreisverbände! Sie können hier
82 ihren Bezirk noch besser kennenlernen, neue Orte und Ideen entdecken und mehr
83 werden. Die Kreisverbände werden die Kampagne dezentral in jedem Bezirk
84 umsetzen.

85 Das Kampagnenteam für die Kampagne zur Bürgerschaftswahl, das im Juni eingesetzt
86 wird, wird in den kommenden Monaten in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand die
87 konkreten Aktionsformate und die Ausgestaltung der Kampagne ausarbeiten. Es gibt
88 dabei einen engen Austausch mit den bestehenden und neuen Kreisverbänden, der
89 ermöglicht, dass die Kampagne für alle Kreisverbände optimal passt.

90 Wir werden uns gemeinsam als GRÜNE JUGEND Hamburg auf Landesebene und in den
91 Kreisverbänden mit Bildungsangeboten, Skill-Sharing und Austausch für die
92 Kampagne bereit machen und dann im Winter die Straßen und die Herzen der
93 Menschen in ganz Hamburg mit unseren Aktionsformaten erobern, um gemeinsam für
94 ein gerechtes Hamburg zu kämpfen!

95 Die kommenden Kampagnen sind eine Chance, an einer solidarischen Gesellschaft zu
96 arbeiten und füreinander & miteinander für Gerechtigkeit zu kämpfen. Die
97 aktuelle politische Lage erfordert diese Form von Solidarität mehr denn je. Bist
98 du dabei?

V1 Schluss mit den schlechten Arbeitsbedingungen an den Hamburger Hochschulen!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg
Beschlussdatum: 08.04.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Schluss mit den schlechten Arbeitsbedingungen an den Hamburger Hochschulen!

2 Jung, akademisch, prekär - Um irgendwie über die Runden zu kommen, arbeiten
3 viele Studierende an der Uni als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte
4 oder als Tutor*innen. Denn das ist eine naheliegende Wahl und häufig Türöffner
5 in Richtung akademischer Karriere .

6 Viele wissen dabei gar nicht, wie schlecht die Arbeitsbedingungen an den
7 Hochschulen eigentlich sind. Weil ihre Arbeitsverträge oft nur für die
8 Vorlesungszeit ausgestellt werden, sind zum Beispiel Tutor*innen in den
9 Semesterferien einfach arbeitslos, während ihre Aufgaben die gleichen bleiben.
10 Ihren Lebensunterhalt müssen sie in der vorlesungsfreien Zeit also trotz Arbeit
11 ohne Gehalt stemmen. Hilfskräfte haben oft kurze Verträge mehrmals
12 hintereinander, manchmal über Jahre, auf derselben Stelle und können so nie
13 sicher planen.

14 Zudem sind die Vorgesetzten an den Hochschulen in der Regel auch Prüfer*innen -
15 das führt zu krassen Abhängigkeiten und einem massiven Machtgefälle in den
16 Arbeitsverhältnissen.

17 So kann es nicht weitergehen! Die Arbeitsbedingungen für studentische
18 Beschäftigte müssen sich verbessern. Studierende arbeiten in der Gastro, beim
19 Lieferdienst und in der Hochschule zu schlechten Bedingungen und niedrigen
20 Löhnen. Das muss sich ändern! Der Arbeitskampf an den Hochschulen kann dazu
21 beitragen, dass sich nicht nur hier die Bedingungen verbessern, sondern andere
22 Branchen nachziehen müssen.

23 In der vergangenen Tarifrunde der Länder im Dezember 2023 wurde durch die
24 Organisierung und die Streiks der studentischen Beschäftigten im Rahmen der
25 Kampagne TVStud eine schuldrechtliche Vereinbarung erkämpft. Diese Vereinbarung
26 ist der erste Vertrag zwischen den Gewerkschaften und der Tarifrunde der Länder,
27 der die Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter regelt. Das ist noch
28 nicht der anvisierte Tarifvertrag, aber ein erster Schritt in die richtige
29 Richtung!

30 Diese schuldrechtliche Vereinbarung gilt es nun auch in Hamburg umzusetzen. Die
31 Mindestvertragslaufzeiten von 12 Monaten müssen umgehend an allen öffentlichen
32 Hamburger Hochschulen und angegliederten Forschungsinstituten eingeführt werden.

33 Außerdem enthält die schuldrechtliche Vereinbarung eine Regelung für
34 Stundenentgelte für studentische Beschäftigte von mindestens 13,25€ ab
35 Sommersemester 2024 und 13,98€ ab Sommersemester 2025.

36 Die Lebenshaltungskosten und die Miete sind gerade in Hamburg besonders hoch -
37 durchschnittlich 610€ für ein WG-Zimmer! Statt die Beschäftigten also mit einem
38 "Taschengeld" abzuspeisen, gilt es besonders hier in Hamburg, die Spielräume
39 nach oben bei den Stundenentgelten maximal auszureizen.

40 Denn es stellt sich weiterhin die Frage, wer es sich leisten kann, studentisch
41 beschäftigt zu sein, also diese Türöffner-Jobs zur wissenschaftlichen Karriere
42 auszuüben. Das sind überdurchschnittlich oft Kinder aus
43 Akademiker*innenfamilien. Damit bleibt die Lohnfrage auch eine Frage der
44 Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Abgesehen davon wären Forschung und Lehre an
45 den Hamburger Hochschulen ohne den Einsatz mehrerer tausend studentischer
46 Beschäftigter niemals auf dem aktuellen qualitativen und quantitativen Niveau
47 möglich.

48 Während die Mindeststandards aus der schuldrechtlichen Vereinbarung die
49 Untergrenze der Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte darstellen,
50 kämpfen wir an der Seite von TVStud weiterhin für höhere Standards an den
51 Hamburger Hochschulen und Forschungsinstituten! Perspektivisch müssen
52 Mindestvertragslaufzeiten von 24 Monaten und Stundenentgelte, die sowohl ein
53 gutes Studium und Leben in Hamburg ermöglichen, als auch der anspruchsvollen und
54 wichtigen Arbeit gerecht werden, erkämpft werden.

55 Zur Bekämpfung der Prekarität von studentischen Beschäftigungen ist außerdem die
56 Einführung demokratischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz in Form von vollwertigen
57 Personalräten geboten. Ein Grundrecht, das Hilfskräften und Tutor*innen in
58 Hamburg immer noch verwehrt wird. Die arbeitsrechtlichen Mindeststandards
59 werden strukturell nicht eingehalten. Das macht deutlich, dass ein Gremium
60 geschaffen werden muss, das die Einhaltung von Arbeitnehmer*innenrechten
61 kontrolliert und die Interessen der studentischen Beschäftigten vertritt. Denn
62 studentische Beschäftigte sind in mehrfacher Hinsicht besonders abhängig von
63 ihren Vorgesetzten. Sie werden häufig nicht über reguläre Auswahlverfahren
64 eingestellt, sondern persönlich „ausgewählt“, legen nicht selten bei ihren
65 Vorgesetzten Prüfungsleistungen ab und sind aufgrund ihrer ökonomischen Lage
66 besonders abhängig von ihrem Job.

67 Kettenbefristungen müssen ein Ende haben, es braucht Planbarkeit, angemessene
68 Löhne, Mitbestimmung in Personalräten und einen TVStud!

V2 Hamburg zur Postwachstumsstadt machen

Antragsteller*in: Linus Sage, Carlo Frahm

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Der Klimawandel hat verheerende Auswirkungen auf das Klimasystem und die
2 Ökosysteme, auf denen unser Leben und das der vielen anderen Lebewesen beruht.
3 Dass sich die Klimakatastrophe von Jahr zu Jahr, Monat zu Monat, von Tag zu
4 Tagzuspitzt, ist nichts Neues, für niemanden von uns. Dass etwas getan werden
5 muss, damit wir nicht mit 180 gegen die Wand fahren, auch nicht. Den Klimawandel
6 auf unter 1,5 Grad zu begrenzen, ist in jedem Fall günstiger, ökonomischer und
7 sinnvoller, als den Klimawandel weiter voranzutreiben.

8
9 Als Grüne Jugend haben wir den Anspruch, den Klimawandel auf eine Erwärmung der
10 globalen Durchschnittstemperatur von 1,5 Grad zu begrenzen. Es müssen alle Hebel
11 der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft in Gang gesetzt werden, damit
12 wir dieses Ziel erreichen. Die Politik hat viel zu lange auf der Bremse
13 gestanden und steht es noch immer.

14
15 Daher fordern wir, dass Hamburg bis spätestens 2035 klimaneutral wird.

16
17 Dafür reichen die Nachhaltigkeitsstrategien Effizienz und Konsistenz nicht aus,
18 es braucht auch und vor allem Suffizienz! Das Problem ist das
19 Gesellschaftssystem, der auf Wirtschaftswachstum beruhende Kapitalismus. Ein
20 System, das auf permanenter Expansion und Wirtschaftswachstum basiert, kann
21 nicht nachhaltig werden. Um den Klimawandel aufzuhalten, braucht es einen
22 Systemwandel, eine sozial-ökologische Transformation zu einer
23 Postwachstumsgesellschaft. Diese Transformation beinhaltet eine temporäre
24 Schrumpfung der Wirtschaft. Danach wird die Wirtschaftsleistung stabil bleiben,
25 der Energie- und Ressourcenverbrauch und die Treibhausgasemissionen werden
26 innerhalb ökologischer Grenzen sein.

27 Bei der sozial-ökologischen Transformation kann das ökologische Ziel der
28 Einhaltung planetarer Grenzen mit anderen sinnvollen Zielen kombiniert werden,
29 zum Beispiel mit den Zielen mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Zeit, mehr Glück,
30 Demokratisierung der Gesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit und Abbau oder
31 Abschaffung von Diskriminierungen.

32 Wir müssen unsere Gesellschaft so wandeln, dass ein gutes Leben für alle
33 innerhalb planetarer Grenzen möglich wird.

34
35 Um den Systemwandel voranzutreiben, muss auch Hamburg seinen Beitrag leisten.
36 Die bisherigen Klimapläne sowie das Klimaschutzgesetz der Stadt Hamburg sind
37 unzureichend, um die Klimaziele zu erreichen. Die Grüne Jugend unterstützt den
38 Hamburger Zukunftsentscheid. Wir fordern den Hamburger Senat auf, die
39 vorgeschlagenen Änderungen am Hamburger Klimaschutzgesetz nun umzusetzen!
40 Wir fordern die Grünen und den Hamburger Senat auf, den Klimaplan entsprechend
41 dem neuen Klimaschutzgesetz und dem Ziel der Klimaneutralität 2035 zu
42 überarbeiten.

43 Wir fordern vom Senat eine Strategie, wie Hamburg zu einer Postwachstumsstadt
44 werden kann.

45 Suffizienz

46 Bisher liegt das Hauptaugenmerk der politischen Entscheidungsträger*Innen auf
47 technischen Maßnahmen. Diese sind natürlich wichtig. Ein großer Hebel ist jedoch
48 die Suffizienz, das heißt das Senken des Energieverbrauchs durch eine Reduktion
49

50 des Verbrauchs von Gütern und Dienstleistungen. Hier könnte der Hamburger Senat
51 deutlich mehr tun, um die Hamburger*Innen zu motivieren, ihren Energieverbrauch
52 zu senken. Im Klimaplan sollte ein besonderer Fokus auf Suffizienzmaßnahmen
53 gelegt werden. Für suffiziente Verhaltensänderungen braucht es gezielte
54 Maßnahmen. Sowohl beim Stromverbrauch, beim Heizen als auch beim Konsum können
55 die Hamburger*Innen den verursachten Energieverbrauch senken. Es bestehen hohe
56 Einsparpotentiale.

57 Die Pandemie hat gezeigt, dass eine suffiziente Senkung des Energieverbrauchs
58 möglich ist. Wir fordern die Einführung einer kostenlosen Suffizienzberatung,
59 die die Verbraucher*Innen beim suffizienten Einsparen von Treibhausgasen und
60 Energie in allen Sektoren berät.

61

62 Mobilität

63 Im Bereich Mobilität hat Hamburg große Einflussmöglichkeiten auf die
64 Verkehrsinfrastruktur und das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs. Der Verkehr
65 wird aber leider immer noch vom motorisierten Individualverkehr dominiert. Wir
66 fordern den Senat und insbesondere den Verkehrssenator auf, mutige Maßnahmen zu
67 ergreifen, um den motorisierten Individualverkehr unattraktiver zu machen und
68 die Attraktivität des Umweltverbunds zu steigern, um die Menschen dauerhaft zum
69 Umstieg vom Auto auf den Umweltverbund zu bewegen. Das Fahrrad fahren muss
70 überall angenehm und sicher werden. Wir fordern, den Anteil des Umweltverbunds
71 am Modal Split bis 2035 auf 90% zu erhöhen. Hamburg muss zu einer Fahrradstadt
72 mit attraktivem ÖPNV werden.

73

74 Bauen und Wohnen

75 Der Bausektor sowie das Heizen von Gebäuden verursachen ca. 30 Prozent der
76 Treibhausgasemissionen in Deutschland. Am nachhaltigsten ist es, die vorhandenen
77 Gebäude zu sanieren statt neu zu bauen.

78 Die InnovationCity Bottrop hat es mit Hilfe einer kostenlosen Beratung zu
79 energetischen Sanierungen geschafft, die Sanierungsquote von ein auf drei
80 Prozent zu erhöhen. Wir fordern den Hamburger Senat auf, die Energieberatung der
81 Hamburger Energielotsen analog zu Bottrop aufzubauen, um die Sanierungsquote in
82 Hamburg zu erhöhen.

83 54,5% der Haushalte in Hamburg sind Single-Haushalte. Durch mehr
84 gemeinschaftliches Wohnen kann der Neubaubedarf sowie die Nachfrage nach
85 Wohnungen gedämpft werden. Zudem kann durch die geringere Pro-Kopf-Wohnfläche
86 Energie gespart werden. Wir fordern den Hamburger Senat auf, online ein
87 Wohnpartnerportal zu schaffen, um die Wohnfläche pro Person zu reduzieren.

Begründung

Was ist Postwachstum?

Postwachstum oder Degrowth ist die Utopie einer Gesellschaft, die nicht auf Wirtschaftswachstum basiert und die planetaren ökologischen Grenzen einhält. Diese Utopie wird erreicht durch eine sozial-ökologische Transformation der aktuellen Wachstumsgesellschaft. Die sozial-ökologische Transformation meint hier, dass die Wirtschaft bzw. das Bruttoinlandsprodukt temporär schrumpft, um dann dauerhaft stabil zu bleiben.

Neben dem Einhalten planetarer ökologischer Grenzen sollen dabei auch andere Ziele erreicht werden, wie zum Beispiel mehr Glück und Zufriedenheit, mehr Zeit, mehr soziale Gerechtigkeit, die Überwindung aktueller Krisen, mehr Gemeinschaft, die Demokratisierung der Gesellschaft usw. Postwachstum bezeichnet auch eine Bewegung und ein (sozial)wissenschaftliches Feld.

Die drei Nachhaltigkeitsstrategien

Effizienz:

Effizienz ist eine Nachhaltigkeitsstrategie, die durch eine Senkung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltschäden pro Nutzeneinheit wirkt.

Beispiele: effizienter Kühlschrank (verbraucht weniger Energie bei gleicher Größe), effizientes Auto (stößt weniger Kohlenstoffdioxid pro gefahrenen 100km aus)

Konsistenz:

Konsistenz meint die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft. Das bedeutet, dass alle Ressourcen durch Recycling, Upcycling oder ähnliches im Kreis geführt werden. Unsere jetzige Wirtschaft ist linear, das heißt die Ressourcen werden in der Regel der Umwelt entnommen und gelangen am Ende der Nutzung als Müll wieder in die Umwelt oder werden verbrannt.

Konsistenz beinhaltet auch den Umstieg von fossilen Energieträgern auf 100% erneuerbare Energien.

Suffizienz:

Suffizienz ist eine Nachhaltigkeitsstrategie, die darauf abzielt, den Verbrauch von Ressourcen und die Umweltschäden durch direkte Reduktion der Nachfrage zu verringern.

Beispiele: weniger Autofahren, weniger konsumieren, Dinge teilen, Dinge länger nutzen, umweltschädliche Handlungen vermeiden

Die Treibhausgasemissionen können auf die Sektoren Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie, Hauswärme, Landwirtschaft, Bodennutzung und Abfälle aufgeteilt werden. Die meisten Treibhausgasemissionen werden durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe für den Energieverbrauch verursacht.

Umweltverbund:

Der Umweltverbund besteht aus dem ÖPNV, dem Radverkehr und dem Fußverkehr.

Modal Split:

Der Modal Split gibt an, wie sich alle Wege in einer bestimmten Stadt oder Region auf die unterschiedlichen Verkehrsmittel aufteilen. Der Anteil des Umweltverbunds am Modal Split lag in Hamburg in 2022 bei 68%. Siehe

<https://www.hamburg.de/bvm/verkehrsentwicklungsplanung/12917548/mobilitaet-in-hamburg/>

Die Forderung, den Anteil des Umweltverbunds am Modal Split auf 90% zu erhöhen, haben wir vom Hamburger Bündnis Mobilität übernommen: <https://buendnis-mobilitaet.org/>

Vorbild für die Verkehrswende können Städte wie Paris und Kopenhagen sein.

Zum Thema Nachhaltigkeit des Bauens kann ich, Linus das Buch Verbietaet das Bauen von Daniel

Furhop empfehlen. Der Neubau ist für etwa 15 Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich. Sanieren ist ökologischer als Abreißen und Neubauen, selbst wenn statt dem Altbau ein Passivhaus gebaut wird.

Die Sanierungsquote in Deutschland beträgt etwa 0,83%. Das bedeutet, dass pro Jahr 0,83% der Gebäude saniert werden. Nachhaltig wäre eine Sanierungsquote von 3%.

<https://www.verbietet-das-bauen.de/>

Treibhausgasemissionen des Bauens:

<https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/energieeffizienz-und-gebaeudesanierung/29050.html>

Anzahl der Single-Haushalte:

<https://www.zeit.de/news/2023-08/16/zahl-der-single-haushalte-in-hamburg-steigt-weiter>

V3 80. Jahrestag zur Befreiung von Faschismus und Weltkrieg - Der 8. Mai ist Feiertag!

Antragsteller*in: Franz Florian Krause (KV Hamburg-Altona)

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Hamburg beschließt, sich verstärkt hin zum 80. Jahrestag der
2 Befreiung von Faschismus und Weltkrieg dafür einzusetzen, dass der 8. Mai ein
3 offizieller Feiertag in Hamburg wird. Hierfür steigern wir unser Engagement in
4 Stadtgesellschaft, Partei und Jugend.

5
6 Um den aufhaltsamen Weg zum Faschismus und die Befreiung sowie ihre heute
7 andauernden Konsequenzen zu verstehen, schaffen wir für uns und andere
8 Bildungsangebote zu Themen wie dem militärisch-industriellen Komplex, der
9 Zentralisierung der Wirtschaft, Spaltung der fortschrittlichen Kräfte und
10 Kämpfen zur Befreiung.

11
12 Der Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg stellt hin zum 80. Jahrestag der
13 Befreiung von Faschismus und Weltkrieg einen Antrag auf dem Bundeskongress oder
14 einem anderen beschlussfähigen Gremium der Grünen Jugend, dass der 8. Mai ein
15 bundesweiter Feiertag werden muss. Teil des Antrags soll hierbei sein, dass auf
16 Bundesebene Öffentlichkeits-, Presse- und Bildungsarbeit zu den Gründen für und
17 den Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus und dem zweiten Weltkrieg
18 stattfindet.

Begründung

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ – Schwur von Buchenwald, 1945.

In Zeiten des Rechtsrucks, der sozialen Verelendung, international-zugespitzten Blockkonflikten und Militarismus bietet uns die Geschichte zur Entstehung, Überwindung und den Konsequenzen aus deutschem Faschismus wichtige Lehren, welche es für unser heutiges Handeln zu ziehen gilt. Der Faschismus kam nicht aus dem Nichts, sondern ist die direkte Konsequenz aus gesellschaftlichen Missständen, zentralisierten und monopolisierten Großkonzernen, dem militärisch-industriellen Komplex und dem Konflikt des Konservatismus mit der fortschrittlichen, gesellschaftlichen Entwicklung, welche letztendlich zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler auch durch die Zentrumsparterie führte. Eine alternative Beantwortung der Krise des Kapitalismus der 1920er stellte hierbei der US-amerikanische New Deal dar. Die Konsequenzen, welche im Potsdamer Abkommen für ein „Nie wieder“ gezogen worden sind, sind hochaktuell: Demokratisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demilitarisierung.

Unter Missbrauch des Ausspruchs „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ wird die „freiheitlich-demokratische Weltordnung“ mit ihrem globalisierten Kapitalismus, nationalen/bündnisorientierten Protektionismus und internationaler Ausbeutung von Arbeit und Natur unter größter Aufrüstung und zunehmenden, militärischen Interventionen verteidigt. Brutalisierung und Hetze von Rechts mindern die Entwicklung höherer Ansprüche. Eine Welt der gemeinsamen Entwicklung und des Friedens scheint dabei unmöglich.

Aus der Geschichte lernen wir, wie internationale Kooperation und nationaler Widerstand, im stetigen Konflikt von fortschrittlichen und rückschrittigen Kräften, den Faschismus überwinden konnte. Dieser

Erfolg trotz der systemischen Konflikte von UdSSR und (insbesondere) USA/Großbritannien kristallisiert sich dabei besonders im Potsdamer Abkommen in den Beschlüssen zur Demilitarisierung und Demokratisierung (aller Verhältnisse) wieder. Weiter stellt sich das Gebot zu einer friedlichen Welt der Kooperation in der Präambel des Grundgesetzes und der Charta der Vereinten Nationen als weitere Konsequenz aus dem Faschismus dar.

Gegen den heutigen Militarismus (100 Milliarden Aufrüstung, weiterer Ausbau der NATO, Stationierung deutscher Truppen in Litauen, internationale Waffenlieferungen), die Monopolisierung (steigender DAX trotz steigender Armut, weitere Privatisierung der HHLA), Entdemokratisierung (Angriffe auf das Streikrecht) und Rechtsruck (steigende AfD Umfragewerte, Streichung im Sozialen, GEAS) gilt es konsequent, mit einer humanistischen Linie zu wirken. Hierfür bietet der 8. Mai uns einen Anlass, „über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit“ (Esther Bejarano). Die Bildung Aller für das Wirken unter diesem Anspruch ist hierfür fundamental.

Aus diesem Grund muss der 80. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg Feiertag werden. Dies verlangt unser aller Wirken.